

LIT-TIPPS 25.07.2011

Liebe LeserInnen der Lit-Tipps!

Struktur der Lit-Tipps

Ich gebe vorab die in der jeweiligen Ausgabe der Lit-Tipps enthaltenen Rubriken an, gefolgt von Autorennamen (alphabetische Reihenfolge) und Jahreszahl der Publikation. In der zweiten Hälfte der Lit-Tipps finden Sie dann die vollständigen bibliographischen Angaben zu jedem Titel und einen Kurzkomentar von mir, in der alphabetischen Reihenfolge der Autorennamen. Das Ganze entspricht der sog. amerikanischen Zitierweise, spart Platz und macht die Titel doch leicht auffindbar.

Archiv der Lit-Tipps:

Vorangegangene Lit-Tipps finden Sie

- bis April 2005 in einer Gesamtliste unter:
http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/ig2/littipp_bis_4_05.pdf
- nach Juli 2005 im Archiv der Lit-Tipps; dies finden Sie auf der Homepage des Lehrgebiets auf meiner Mitarbeiter-Seite unter:
http://www.fernuni-hagen.de/polwiss/institut/team/martin.list_ig2.shtml

Verzahnung der Lit-Tipps mit IPSE:

Die **Lit-Tipps** sind als „**List-Tipps**“ nunmehr auch mit meinem Lehrbuch **Internationale Politik studieren. Eine Einführung (IPSE** abgekürzt; Wiesbaden: vs-Verlag 2006) ‚verzahnt‘, insofern bei einschlägigen Titeln der Hinweis auf diejenigen Kapitel dieses Buches angegeben wird, zu denen sie inhaltlich besonders gut als Ergänzung passen. Der Hinweis hat die Form: **IPSE plus Kapitelnummer**.

Und damit zu den **Lit-Tipps von heute**. Sie erfolgen zu den Rubriken:

- **Fachbücher**
Geordnet nach Themen und mit Verweis auf autoren-alphabetisch geordnete Kurz-Rezensionen

Fachbücher**POLITISCHE THEORIE**

soziale Gerechtigkeit – Überblick: Ebert 2010

POLITIKFELDDANALYSE

Policy-Design: Howlett 2011

POLITISCHE SYSTEME IM VERGLEICH

Politisches System der USA – elitetheoretisch betrachtet: Dye/Zeigler/Schubert 2012
Umweltpolitik der USA: Vaughn 2011

POLITISCHE ÖKONOMIE

des Neoliberalismus: Crouch 2011

POLITISCHE SOZIOLOGIE

Macht in Netzwerken: Wedel 2009
Oligarchie: Winters 2011
Staat – Entwicklung: Lachmann 2011
Staaten und soziale Bewegungen: Johnston 2011

INTERNATIONALE POLITIK

Diasporen im Überblick: Cohen 2008
Einführung: Goldstein/Pevehouse 2011
europäische Sicherheitspolitik: Mérand/Foucault/Irondelle 2011

globale politische Ökologie: Peet/Robbins/Watts 2011
 Indien-Handbuch: Scott 2011
 Internationale Organisationen – Gütekriterien für Mitgliedschaft: Duxbury 2011
 Internationale Politik der Golf-Region: Kamrava 2011
 Internationale Politische Ökonomie:
 - Einführung: Smith/El-Anis/Farrands 2011
 - Globale Regulierung des Kapitalismus: Picciotto 2011
 Hegemonie – aus Sicht der Englischen Schule: Clark 2011
 Japan als ‚normales‘ Land? Soeya/Tadokoro/Welch 2011
 kollektive Sicherheit – juristischer Überblick: Orakhelashvili 2011
 Konstitutionalisierung des internationalen Rechts: Klabbers/Peters/Ulfstein 2011
 Migration – global betrachtet: Goldin/Cameron/Balarajan 2011
 Nukleardiplomatie: ElBaradei 2011
 Südostasiens internationale Politik: Weatherbee 2009
 USA und Weltregionen: Wiarda 2011
 USA und UNO-SR im Irak-Fall: Thompson 2009

SONSTIGES

PSYCHOLOGIE

Trans-kulturell: Berry u.a. 2011

SONSTIGES

Internationale Politik im Roman: Ignatius 2011

Berry, John W. u.a. 2011: Cross-Cultural Psychology. Research and Applications, 3rd ed., Cambridge: Cambridge University Press.

Da auch in der Politikwissenschaft und den Internationalen Beziehungen jüngst vermehrt über die Bedeutung (im globalen Vergleich unterschiedlicher) kultureller Faktoren diskutiert wird, kann es nicht schaden, einen Blick in jene Nachbar-Disziplin zu werfen, die sich mit Fragen kultureller Unterschiede unter den Menschen empirisch beschäftigt: die transkulturelle Psychologie. Wohl nicht zuletzt aufgrund der im Gefolge der Globalisierung zunehmenden interkulturellen Kontakt- und Vergleichsmöglichkeiten ist die wissenschaftlich-empirische Forschung zur Frage, ob die psychologische Grundausstattung der Menschen überall, in alle Kulturen, gleich ist oder sich eben doch kulturell spezifische psychologische Eigenschaften und (Re-)Aktionsweisen zeigen, in den letzten Jahren aufgeblüht und vorangekommen. Dass dieses vorzügliche Lehrbuch zum Thema bereits in dritter Auflage vorliegt, ist nur ein Anzeichen dafür. Die Autoren, alle samt ausgewiesene Forscher in diesem Bereich, bekennen sich gleich eingangs zu dem, was sie moderaten Universalismus nennen. Aufgrund gemeinsamer evolutionärer Herkunft der psychologischen Grundausstattung aller Menschen gehen sie von deren Universalität aus, was aber kulturell bedingte psychologische Besonderheiten nicht ausschließt. Die Einführung diskutiert die theoretischen, begrifflichen und methodischen Voraussetzungen transkultureller psychologischer Forschung. Die acht Kapitel des ersten Teils stellen die Forschungsergebnisse zu „similarities and differences in behavior across cultures“ für ebenso viele Bereiche (von der Individualentwicklung über soziales Verhalten bis zu Kognition, Emotion und Wahrnehmung) dar. Die drei Kapitel des Teils II gehen den „relationships between behavior, culture and biology“ nach. Die sechs Kapitel des Teils III schließlich stellen Anwendungsgebiete der transkulturell-psychologischen Forschung dar (Akkulturation, interkulturelle Kommunikation und intraorganisatorische Zusammenarbeit u.a.). Die einzelnen Kapitel sind klar gegliedert und formuliert, stellen am Ende Key Terms und weiterführende Literaturhinweise zusammen und sind zudem über ein Autoren- und ein Sachregister erschlossen. Insgesamt ein auch für das Selbststudium taugliches informatives Lehrbuch zu einem ebenso komplexen wie spannenden Forschungsgebiet.

Clark, Ian 2011: *Hegemony in International Society*, Oxford: Oxford University Press. IPSE 9, 15

Der Hegemonie-Begriff ist in jüngster Zeit, im schon wieder zur Neige gehenden Zeitalter unbestrittener, vor allem militärischer „primacy“ der USA, fast inflationär gebraucht worden (neben dem des Imperiums/empire). Dabei ist es insbesondere aus einer durch die Sichtweise der so genannten Englischen Schule inspirierten Perspektive, wie Clark sie hier einnimmt, doch so, dass von so verstandener Hegemonie in Bezug auf die USA gar nicht die Rede sein kann. Wie das? Die Feststellung überrascht schon deshalb, weil, wie Clark einräumt, die klassischen Vertreter der Englischen Schule eigentlich gar keinen Platz für Hegemonie in ihrem Denken hatten. Dieses ist, bei Wright, Watson und Bull doch von dem Grundgedanken geprägt, dass in einem pluralistisch-dezentralen internationalen System sich nicht nur, wie es im reinen Realismus erwartet wird, eine mechanische Machtbalance einspielt (Hegemonie also zwar vielleicht angestrebt, aber systematisch verhindert wird); für die Englische Schule ist der Gedanke der zwischen den zentralen staatlichen Akteuren im System geteilten Grundnormen, die internationale Politik zu einem gewissen Grade institutionalisieren, der entscheidende. Dies gilt nicht nur für Diplomatie und Souveränität als Grundinstitutionen, sondern auch für Krieg, der zumindest auch als Institution der internationalen Gesellschaft (international society) gesehen wird (etwa im Rahmen der kollektiven Sicherheit; s. Orakhelashvili in diesen Lit-Tips) und auch für die Machtbalance, die gleichsam die großen Staaten auch institutionell in Pflicht nimmt. An diesen Gedanken knüpft Clark an und macht als zweites Merkmal von Hegemonie (neben der realistischen Vor-Macht) einen gewissen Legitimitätsglauben unter den der Vormacht unterworfenen, besser: unter den sie anerkennenden und damit erst wirklich konstituierenden (staatlichen) Akteuren aus. Damit wird Hegemonie zu einer Form international institutionalisierter Vor-Herrschaft, die eben nicht aus Machtverhältnissen allein resultiert, sondern Anerkennung voraussetzt und damit auch Verpflichtung des Hegemons zur Folge hat. In der Realität kommt das transatlantische Verhältnis der USA zu Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg dem am nächsten, wie eines von Clarks empirischen Kapiteln befindet (die anderen beiden kümmern sich um Großbritanniens Stellung im 19. Jahrhundert und die Rolle des Europäischen Konzerts nach 1815). Dem voran stehen die theoretisch-begrifflichen Kapitel, die wie skizziert eine Ähnlichkeit der Clark'schen Überlegungen zum so genannten gramscianischen Hegemoniebegriff erkennen lässt. Auch für ihn ist neben den Machtverhältnissen die Anerkennung der Vor-Macht wichtig und ein strukturelles Machtverhältnis, im Gramscianismus allerdings zwischen (transnationalen) gesellschaftlichen Kräften (Klassen) statt zwischen Staaten. Und damit wird m. E. auch etwas deutlicher als bei Clark benannt, wer denn eigentlich Träger der Anerkennungseinstellung ist. Bei Clark sind es (wie im Realismus) schlicht „die Staaten“. Das könn(t)en aber staatliche Entscheidungsträgereliten sein, darüber hinaus gesellschaftliche Eliten allgemein, oder auch weitere Bevölkerungskreise (oder eine Kombination dieser drei). Und das macht wiederum für die Funktionslogik von Hegemonie, denke ich, einen Unterschied. Hier gibt es also noch Weiteres zum Nachdenken, durchaus auf Grundlage eines Hegemonie-Begriffs, der nicht nur Vor-Macht (primacy) meint, sondern Vor-Herrschaft, sei es ‚englisch‘ erfasst, sei es gramscianisch.

Cohen, Robin 2008: *Global Diasporas. An introduction*, 2nd ed., London/New York: Routledge.

Auch wenn der Gegenstand dieser schon etwas älteren, von mir jedoch erst jetzt entdeckten und als sehr empfehlenswert befundenen Einführung im engeren Sinne nicht zum Bereich der politikwissenschaftlichen Analyse internationaler Politik gehört, sondern eher in den Bereich der Soziologie der heutigen Weltgesellschaft, möchte ich sie hier doch vorstellen. Denn sowohl für den Ablauf bestimmter inter- und vor allem transnationaler Beziehungen (s. Scott in diesen Lit-Tipps), auch politischer, wie auch für die z.B. ökonomische Entwicklung etlicher Gastländer spielen ‚in der Fremde‘ lebende ethisch-nationale Gemeinschaften, für die sich fachlich inzwischen, ausgehend vom ursprünglich am Beispiel der transnationalen jüdischen Geschichte geprägten Begriff, der der Diasporen eingebürgert hat, eine erhebliche Rolle. Deren historische Entstehung und gegenwärtige Entwicklung zu analysieren

unternimmt die Diaspora-Forschung, in die hier vorzüglich eingeführt wird. Kapitel 1 gibt hierzu einen Überblick über die vier Phasen der Entwicklung dieser Forschung, die folgenden Kapitel befassen sich jeweils mit einer der Diasporen: zunächst der klassisch jüdischen, sodann mit weiteren ‚Opfer-Diasporen‘ (afrikanischer und armenischer Herkunft), mit Arbeits- und ex-imperialen Diasporen (am Beispiel der indischen Diasporen im ehemaligen britischen Empire), sodann mit Handels- und Geschäftsdiasporen (Chinesen und Libanesen), mit dem Verhältnis zwischen Diasporen und ihren Heimatländern (am Beispiel von Zionisten und Sikhs) und ‚entterritorialisierten‘ Diasporen (schwarzer Hautfarbe im atlantischen Raum und derer in Bombay). Transnationale Räume und Verflechtungen von Diasporen in der heutigen globalisierten Welt und ihr politischer und ökonomischer Einfluss sind Gegenstand der letzten beiden Kapitel. Der Band ist Auftaktband einer ganzen Reihe von Bänden („Global Diasporas“), die vertieft über einzelne der Diasporen berichten. Die Bände sind das Ergebnis eines einschlägigen Forschungsprogramms an der Universität von Oxford.

Crouch, Colin 2011: The Strange Non-Death of Neoliberalism, Cambridge: Polity Press.

IPSE 13

Bücher wie dieser kleine Band von Crouch, der ausgewiesener Forscher im Bereich der vergleichenden politischen Ökonomie insbesondere der fortgeschritten kapitalistischen Staaten ist, sind fachlich nicht leicht zuzuordnen, betreffen die international vergleichende politische Ökonomie (ohne dass hier Einzelländerstudien referiert werden; illustrativ wird auf Entwicklungen in den USA, GB und auch D verwiesen) ebenso wie die internationale politische Ökonomie (vgl. auch Smith/El-Anis/Farrands in diesen Lit-Tipps). Umso leichter fällt in diesem Falle die – wenn auch nicht ganz uneingeschränkte – Leseempfehlung, richtet sich Crouch doch ausdrücklich mit diesem Essay, also kurzen, die gegenwärtigen polit-ökonomischen Verhältnisse im globalen Kapitalismus fachlich interpretierenden Text ohne großen Anmerkungsapparat, auch an allgemein Interessierte. Studierende der Politikwissenschaft darf man wohl zu Recht dazu zählen, doch auch sie werden schon genau lesen müssen, denn der Text ist passagenweise schon anspruchsvoll. Das gilt vor allem für das sehr lesenswerte Kapitel, in dem Crouch die jüngste Finanzkrise als Ausdruck „privatisierten Keynesianismus“ erklärt. Der Keynesianismus der 1960er und 70er Jahre, seine schwindenden gesellschaftlichen Grundlagen und auch seine polit-ökonomischen Funktionsprobleme (v.a. Inflationsneigung) werden zuvor kurz erörtert, dann seine Ablösung durch den Neo-Liberalismus, dessen Dominanz – daher der Titel – durch die Finanzkrise, in der große Banken sich dann doch vom zuvor so verpönten Staat retten ließen, aber nicht wirklich gebrochen wurde. Dies liegt aus Crouch's Sicht vor allem daran, „that actually existing, as opposed to ideologically pure, neoliberalism is nothing like as devoted to free market as is claimed. It is, rather, devoted to the dominance of public life by the giant corporation.“ (x) Das klingt marxistisch (na und?), schlimmstenfalls nach Stamokap-Thesen, doch ist Crouch wie er selbst sagt gar nicht angetreten, die großen transnationalen (v.a. Finanz-)Konzerne zu beseitigen – er hält das gar nicht mehr für möglich und sieht deren Wirken auch nicht nur negativ. Doch ist ihr Einfluss zu groß (v.a. in den USA; vgl. auch Winters in diesen Lit-Tipps), und gerade darum wird es auch schwierig sein, ihn sinnvoll zu begrenzen. Crouch setzt letztlich (in einem eher schwachen Kapitel) auf Corporate Social Responsibility, ansonsten auf ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Markt, Staat, Großkonzernen und Zivilgesellschaft, um unter den neuen politökonomischen Bedingungen möglichst viel von Demokratie zu retten. Manches davon ist etwas blauäugig, soll Optimismus verbreiten. Vor allem aber stört, dass die ohnehin sehr knappen Literaturhinweise (zuweilen nur einer pro Kapitel) nicht einmal alle im Text angeführten Arbeiten nachweisen. Das würde man keiner Erstsemester-Hausarbeit durchgehen lassen und einem namhaften Verlag sollte dergleichen erst recht nicht unterlaufen. Davon abgesehen ein anregender polit-ökonomischer Essay, der ab der mittleren Studienphase allen (I)PÖ-Interessierten zur Lektüre zu empfehlen ist.

Duxbury, Alison 2011: The Participation of States in International Organizations. The Role of Human Rights and Democracy, Cambridge: Cambridge University Press.

IPSE 6, 14

Die Verfasserin, die an der University of Melbourne Internationales Recht lehrt, legt eine informative Studie zum Umgang internationaler Organisationen, globaler, regionaler und funktionaler, mit anspruchsvollen Mitgliedschaftskriterien, nämlich menschenrechtlichen und demokratischen Mindeststandards, vor. Das Thema hat mit Ende des Ost-West-Konfliktes zweifellos an Bedeutung gewonnen bis hin zu (stark US-basierten) Vorschlägen zur Gründung eines globalen ‚Clubs der Demokratien‘. Wie die Studie zeigt, geht die Diskussion um solche Aufnahmekriterien, zumal bei im Prinzip universell angelegten internationalen Organisationen, jedoch bereits bis in die Völkerbundszeit zurück. Schon damals wurde um die Vor- und Nachteile von so begründeter Selektivität und damit Exklusion und Inklusion gerungen. Duxbury gibt einen sachkundigen Überblick zur gegenwärtigen Rechtslage und Praxis sowohl im Rahmen von Regionalorganisationen (wie OSZE, Europarat und EU) als auch globaler Organisationen (UNO, WTO). Ein abschließendes Kapitel stellt die Verbindung zwischen demokratischer Konditionierung der IO-Mitgliedschaft und möglicher Demokratisierung des Agierens von und in internationalen Organisationen her. Eine für Jurist(inn)en und IB-ForscherInnen der Politikwissenschaft gleichermaßen interessante Studie, die auch für einschlägige studentische Arbeiten selektiv genutzt werden kann.

Dye, Thomas R./Zeigler, Harmon/Schubert, Louis 2011: The Irony of Democracy. An uncommon introduction to American politics, 15th ed., Boston: Wadsworth.

In nunmehr 15. Auflage (in mittlerweile 40 Jahren) erscheint die Neuauflage dieses Lehrbuches, das als einziges auf dem US-Markt eine elitetheoretisch Perspektive bei der Einführung in das politische System der USA einnimmt. Schon das allein sollte ihm einen Platz in gut sortierten politikwissenschaftlichen Bibliotheken auch hierzulande reservieren. Während die überwiegende Mehrzahl der US-Lehrbücher zum politischen System der USA eine pluralistische Perspektive einnimmt, also vom gleichberechtigten Ringen gruppenmäßig vertretener Interessen im Rahmen eines offenen politischen Systems ausgeht, geht die Elitetheorie davon aus, dass „(o)nly a tiny number of people make the decisions that shape our lives“ und dass „we have little direct influence over these decisions.“ (xix) Während man ersteres noch als in repräsentativen politischen Systemen von Massengesellschaften unvermeidbares Faktum ansehen mag, liegt der kritische Stachel der Perspektive in der zweiten Aussage. Das Ausmaß der Kritik wird freilich gemindert, je weniger man ‚die Massen‘ für an Politik interessiert und zur Meinungsbildung und Einflussnahme gewillt und geeignet hält. An Willen und Interessen breiter Bevölkerungskreise scheint es den Autoren freilich zu mangeln – die einschlägigen Kapitel hätte m.E. aber mehr die selektiv sehr wohl vorhandene Bereitschaft und auch den Kenntnisstand, neuerdings unterstützt durch bessere Informationszugang, technisch wie von den Bildungsvoraussetzungen her, berücksichtigen können. Für die Autoren gehört ihr Befund freilich einfach zu denjenigen Realitäten, die sie darstellen, nicht bewerten wollen: „This book ... neither condemns nor endorses the reality of political life“ (ebd.) Die titelgebende Ironie sehen die Autoren eben darin „that somehow democracy survives despite and possibly because of (!) these conditions.“ (xxi) Auch wenn das Buch behauptet, weder liberal noch konservativ zu sein, scheint mir letztere Aussage doch eher konservativ zu sein: dass Demokratie auch aufgrund von Apathie überlebe. Vielleicht gäbe es unterhalb von politischer Hyper-Aktivierung, die, wie es in den 1970er Jahren hieß, zu politischer Überlastung führt, ja doch ein Aktivierungsniveau demokratischer Öffentlichkeit, das erstrebenswert ist. Nimmt man hinzu, dass die Autoren, auch dies sehr US-typisch, im Schlusswort an die Studierenden zwar vor big government warnen, über den mindestens ebenso bedrohlichen Einfluss von Geld (s. Winters in diesen Lit-Tipps), Konzernen und informellen Netzwerk-Eliten (s. Wedel in diesen Lit-Tipps) dabei jedoch kein Wort verlieren, bleibt insgesamt doch der Eindruck einer etwas affirmativ-unkritisch geratenen Elitenperspektive. Das ist schade, denn diese überhaupt einzunehmen, erscheint mir doch wichtig. Einschlägige Seminare sowohl zur politischen Soziologie wie zum politischen System der USA könn(t)en das Buch also sowohl wegen der gebotenen Fakten zur Rolle von Eliten in diesem System nutzen als auch zur kritischen Hinterfragung der

Perspektive selbst. Insofern ein anregendes Lehrbuch zum Einsatz ab der ersten Studienphase.

Ebert, Thomas 2010: Soziale Gerechtigkeit. Ideen – Geschichte – Kontroversen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Als Band Nummer 1088 ihrer Schriftenreihe legt die Bundeszentrale für politische Bildung (über die – bpb.de – er auch zu beziehen ist) diesen ebenso brauchbaren wie preiswerten (man bekommt dafür sonst kaum ein Könnchen Kaffee) Überblick vor über die Vorstellungen zur sozialen Gerechtigkeit, die die politische und Sozialphilosophie im Laufe der Geschichte entwickelt hat, von der Antike (Platon, Aristoteles, die Sophisten) über die (frühe) Neuzeit (Th. Morus, Hobbes, Rousseau) und das 19. Jahrhundert (Marx, Mill, Nietzsche, katholische Soziallehre) bis hin zur Gegenwartsphilosophie (Rawls, Hayek, McIntyre, Walzer). Zwei abschließende Kapitel ordnen die Gerechtigkeitsvorstellungen typologisierend und wenden sie auf zwei Grundfragen (Ist der Kapitalismus gerecht? und Gleichheit und Ungleichheit) an. Die Darstellung ist durchgehend klar und abgewogen, zusammenfassende Kästchen und nützliche graphische Überblicke sowie ein kleines Lexikon zentraler Begriffe runden die didaktische Brauchbarkeit des Bandes ab. Er ist aufgrund des unschlagbaren Preis-Leistungs-Verhältnisses allen Interessierten zum Erwerb zu empfehlen und wegen der grundlegenden Bedeutung der Thematik insbesondere auch Studierenden der Politikwissenschaft zur Lektüre zu empfehlen, nicht nur im Teilgebiet der politischen Theorie, sondern ganz generell.

EIBaradei, Mohamed 2011: The Age of Deception. Nuclear diplomacy in treacherous times, New York: Metropolitan Books (auch bereits deutsch unter dem – wieder einmal dramatisierenden – Titel: Wächter der Apokalypse, Frankfurt a.M./New York 2011).

IPSE 5, 6, 9, 11

Der Dramatisierung des Titels der deutschen Ausgabe hätte es, fachlich gesehen, gar nicht bedurft, denn für Studierende der Politikwissenschaft und insbesondere der internationalen Politik bieten die Erinnerungen Mohamed EIBaradeis über seine drei Amtszeiten als Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) genügend spannende Einsichten in die (Fein-)Mechanik internationaler (Nuklear-)Diplomatie, dass die Lektüre nicht nur lohnt, sondern teilweise spannend ist. Und dies, obwohl die Nacherzählung der großen (Streit-)Fälle dieser Zeit (Irak, Nordkorea, Iran) zunächst im Wesentlichen eine chronologische ist. EIBaradei hatte es nicht nur, daher der englische Titel, mit Täuschungen angehender Nuklearmächte zu tun; auch von Seiten der ‚Haves‘, der offiziell etablierten Atomwaffenstaaten, und dabei insbesondere den USA (und besonders einiger Neokonservativer in der Bush jr.-Administration), Großbritannien und Frankreich, wurde zum Teil mit harten Bandagen gearbeitet, auch gezielt gegen EIBaradei und die von ihm mit Nachdruck auch in seinem Buch vertretene Linie, dass Diplomatie, die auch die Empfindsamkeiten der anderen Seite berücksichtigt, zwar oft sehr schwierig ist, aber doch eher ans Ziel führt als die plakativ-öffentliche Sanktionspolitik, von Gewaltaktionen ganz zu schweigen. Neben diesem Grundtenor, der einen aufrechten internationalen Bediensteten zeigt, sind es viele Details, zuweilen an Spionage-Thriller erinnernd, die die Darstellung unterhaltsam machen. Wichtig, auch fachlich, ist sie aber vor allem wegen des Einblicks in die Arbeitsebene internationaler Diplomatie. Da teilnehmende Beobachtung hier kaum möglich ist und auch einige der zentralen Dokumente (etwa der Verhandlungsangebote an den Iran) nicht öffentlich sind, erlaubt dieser Bericht eines insiders ungewohnte Einblicke in die alltägliche diplomatische Arbeit. Man sollte das Buch auch, trotz deutlicher Worte EIBaradeis, nicht nur als Abrechnung mit der Bush-Administration lesen bzw. um sich eigene (Vor-)Urteile über diese bestätigen zu lassen. Die eine oder andere Passage EIBaradeis machte zumindest mir deutlich, warum seine stets um Verständnis (was allerdings nicht dasselbe ist wie Billigung oder gar Unterstützung) der Befindlichkeiten und internen (Koordinations-)Probleme (die EIBaradei deutlich für den Iran anspricht; aber auch für die USA) der Zielstaaten bemühte Herangehensweise für Staaten, die eine wachsende Bedrohung sehen, nicht immer leicht zu akzeptieren ist. EIBaradei beharrt demgegenüber aber immer zu Recht auf der Frage: Was ist die Alternative? So, mit Gespür für die innere Schwierigkeit internationaler (Nuklear-)

Diplomatie, gelesen, ist die Darstellung nicht nur unterhaltsam, sondern ausgesprochen lehrreich. Studierende, die an der Entwicklung einzelner der Fälle interessiert sind, werden das Buch ohnehin als nützliche Quelle heranziehen wollen.

Goldin, Ian/Cameron, Geoffrey/Balarajan, Meera 2011: *Exceptional People. How migration shaped our world and will define our future*, Princeton: Princeton University Press. Auch dieser Band (vgl. Cohen in diesen Lit-Tipps) ist nicht als im engeren Sinne fachliche IB-Studie über internationale Migrationspolitik gedacht (wie es, beispielsweise, für den ebenfalls soeben erschienenen Band von Georg Merz: *The Political Economy of Managed Migration*, Oxford 2011, gilt), aus drei Gründen: Zum einen, weil es solche Politik noch kaum gibt: es dominiert noch vielfach unkoordiniert nationale Politik der Regulierung von Migration (wogegen die Autorin und die Autoren in einem Schlusskapitel anargumentieren); zum zweiten, weil das Buch globalgeschichtlich weit ausholt, bis hin zum Auszug der Urmenschen aus Afrika, um die durchgängige und nicht etwa nur negative Rolle von Migration in der Menschheitsgeschichte darzulegen; und drittens schließlich, weil die Betonung der Chancen, die Migration bieten kann, wenn sie richtig gestaltet wird, ein durchgehender Zug des Buches ist. Entdramatisierung des Themas bei gleichzeitiger Betonung seiner Bedeutung ist also der Tenor des gut lesbaren und sehr informativen Buches, das ich als Hintergrundslektüre zur Befassung mit migrationspolitischen Themen empfehlen kann, auch wenn gerade in der großen globalhistorischen Perspektive die oft ganz lokalen Probleme, die Migration auslösen kann, vielleicht doch etwas unterbelichtet bleiben. Gerade in diesem Spannungsfeld zwischen Globalem und Lokalem muss sich aber Migrationspolitik bewegen. Dass sie gut daran tut, sich dabei nicht von Fremdenfeindlichkeit und Problemwahrnehmung allein anleiten zu lassen, sondern auch die Chancen und positiven Beiträge von Migration zu sehen, ist zweifellos richtig. Diese Perspektive vor allem wird hier anschaulich und gut lesbar dargestellt.

Goldstein, Joshua S./Pevehouse, Jon C. 2011: *International Relations*, 10th edition, Boston u.a.: Longman-Pearson
IPSE pasim

Auch wenn ich regelmäßig den IB-Lehrbuchmarkt zu sichten versuche, hat es diese US-Einführung für den Weltmarkt (es liegt die „International Edition“ vor, von der es verlagsseitig heißt, sie „may or may not include alterations from the US version“) binnen dreier Jahre auf die nunmehr 10. (!) Auflage gebracht. Es handelt sich also quasi um einen Lehrbuch-Bestseller, und diese Auflage ist in der Tat ganz aktuell: EU-bezogen auf dem Stand nach dem Lissaboner Vertrag, mit aktuellen Statistiken und Beispielen (Eurokrise und bailout für Griechenland; allein Mubarak erscheint noch als amtierender Präsident). In der Tat verdient das Buch auf jeden Fall die Sichtung im Grundstudium, als eine mögliche US-Ergänzung zu deutschen (europäischen) Einführungen. Die US-Herkunft ist deutlich zu merken, nicht nur an den im Anhang beigegebenen elementaren Weltkarten, die schlicht die Lage aller Staaten zeigen, sondern auch in der Frageperspektive etwa, was die US-Außenpolitik jeweils tun soll. Davon abgesehen wird jedoch eine breite Einführung in die Haupttheorien der Internationalen Beziehungen und ihre wesentlichen Gegenstandsbereiche gegeben (von Sicherheitspolitik über Handel, Investitionen und Finanzen als Gegenstand internationaler Politik bis hin zu internationaler Menschenrechts-, Umwelt- und Gesundheitspolitik). Die Kapitel bieten in Policy Perspectives-Kästchen Kurzdarstellungen, vor welche politischen Herausforderungen unterschiedliche Staatsführer(innen; z.B. auch A. Merkel) gestellt sind – oft der Vermittlung internationaler und innenpolitischer Anforderungen, Kurzzusammenfassungen der wichtigsten Punkte, Key terms-Listen, Critical Thinking Questions zum eigenständigen Weiterdenken, jeweils eine Doppelseite mit Pro- und Contra-Argumentation zu einem einschlägigen Thema (etwa: Entwicklungshilfe: Lösung oder Problem?) und dazu auch jeweils einige weiterführende Literaturhinweise – diese sind sonst recht knapp gehalten und in Fußnoten etwas versteckt. Der Gesamtband wird durch je ein Personen- und Sachregister erschlossen. Das ‚Sahnehäubchen‘ dieser Einführung sind freilich im Theorieteil namentlich gezeichnete Kurzbeiträge führender (auch mit Bild vorgestellter) FachvertreterInnen, die sich je auf einer Doppelseite zu einem Thema äußern

(etwa J. S. Nye über American Power, A. Moravcsik über Democracy in International Relations, M. Doyle über die Demokratisierung der Weltpolitik, J. G. Ruggie über Governing TNCs, B. Simmons über Institutionalizing Human Rights). Das kann die Lektüre von Originalarbeiten nicht ersetzen, gibt aber einen Vorgeschmack und führt somit, wie der ganze Band, gut hin zur Analyse internationaler Politik. Von daher die Empfehlung zur ergänzenden Nutzung im deutschen Kontext, etwa auch zur Selbstkontrolle, ob – aus anderen Lehr-Quellen – das Wesentliche verstanden wurde. Dazu reicht die Sichtung, der Kauf der (trotz Dünndruck gewichtigen fast 600 Seiten) ist dazu jedoch ob des zwar angemessenen, aber gehobenen Preises nicht erforderlich – wenn Bibliotheken ihren Nutzern das Buch zur Verfügung stellen, was sie sollten.

Howlett, Michael 2011: Designing Public Policies. Principles and instruments, London/New York: Routledge.

Der in Vancouver (und als Gastprofessor auch in Singapur) lehrende Kollege Howlett hat ein schon rein äußerlich, vom Layout her, sehr ansprechendes Lehrbuch vorgelegt, das aber auch inhaltlich vorzüglich in das mit dem Titel benannte Thema des Policy-Designs und der hierfür bereit stehenden Instrumente einführt. Die einzelnen Kapitel sind knapp, aber informativ und werden mit nützlichen Lektürehinweisen ergänzt. Den historisch, theoretisch und begrifflich verortenden ersten vier Kapiteln folgen vier über Instrumenten-Typen: organisatorische, autoritative, finanzielle und informationelle, jeweils unterteilt in inhaltliche und prozedurale. Das klingt abstrakt, gibt aber einen wohl geordneten Überblick über Politikinstrumente, gleichsam aus Sicht der Politik-Designer wird das Spektrum möglicher Handlungsformen aufgeblättert. Den Abschluss bildet ein Kapitel über die Erklärung der tatsächlich erfolgenden Instrumentenwahlentscheidungen. Insgesamt liegt damit sowohl für die akademische Befassung mit dem Policy-Design als auch für dessen (angehende) Praktiker eine ebenso knappe wie ergiebige Einführung vor, deren Lektüre ab der mittleren Studienphase mir sinnvoll erscheint.

Ignatius, David 2011: Bloodmoney, New York/London: Norton.

Der Autor gilt als einer der über die CIA am besten informierten US-Journalisten und macht von diesen Kenntnissen guten Gebrauch, um einen atmosphärisch sehr plausiblen ‚plot‘ (eine Geschichte) zu entwickeln, die sich um US-Geheimdiensttätigkeit in Pakistan und also auch um die politischen und geheimdienstlichen Verhältnisse in diesem Lande dreht. Da vor allem über letzteres fachlich-offiziell wenig bekannt ist, darf man den Roman als nicht unplausible Fiktion zum Thema nehmen. Freilich gilt das vor allem für die erste Hälfte des Romans. In der zweiten ist es kaum mehr als ein gängiger US-Spionagethriller.

Johnston, Hank 2011: States and Social Movements, Cambridge/Malden: Polity Press.

Als einer der ersten Bände der offenbar lohnenden neuen Buch-Reihe „Political Sociology Series“ des Verlages (s. auch Lachmann in diesen Lit-Tipps) erscheint dieses sehr empfehlenswerte Lehrbuch des Soziologie-Kollegen Johnston von der San Diego State University. Der Witz am Buch ist das „und“ des Titels: M.W. erstmals wird hier sehr überzeugend und gut verständlich die verwobene Entwicklung des modernen Staates und (moderner) sozialer Bewegungen dargestellt und dabei die Forschung zu letzteren in einen bestimmten historisch-soziologischen Kontext gestellt. Forschender Vorreiter dieser Forschungsrichtung war Charles Tilly, dessen Arbeiten zur Entwicklung des modernen Staates wie zu der moderner sozialer Bewegungen daher die Eingangskapitel auch dieser Darstellung stark prägen. Das Lehrbuch erschließt diese durchaus umfangreiche Literatur auf sehr verständliche und anregende Weise, was manchen veranlassen mag, anschließend auf Originalarbeiten zuzugehen. Sie werden im sinnvoll umfangreichen Literaturverzeichnis des Bandes nachgewiesen, der ansonsten durch ansprechendes Druckbild und nützliche graphische Zusammenfassungen der zentralen dargestellten Zusammenhänge, etwa in einem „Global model of social movement-state-society-dynamics“, besticht. Die weiteren Kapitel gehen diesem Verhältnis speziell für demokratische Staaten, für autoritären Staaten (aktuell etwa wichtig für die fachliche Interpretation der Volksaufstände in Nordafrika und im mittleren Osten), im Rahmen von Revolutionen und schließlich auf globaler Ebene

(transnationale Politik) nach. Das ist frisch, anregend und klar – mehr lässt sich empfehlend kaum über ein Lehrbuch sagen.

Kabbers, Jan/Peters, Anne/Ulfstein, Geir 2011: The Constitutionalization of International Law, Oxford/New York: Oxford University Press.

IPSE 14

Zu den von Juristen, Staats- und Völkerrechtler(inne)n, wie Politikwissenschaftlern, insbesondere aus dem Teilgebiet der Analyse internationaler Beziehungen, in den vergangenen Jahren viel – und kontrovers – diskutierten Themen gehört die Verrechtlichung internationaler Politik und dabei speziell auch ihre Konstitutionalisierung. Mit letzterem ist, das machen die anspruchsvollen, aber gut lesbaren Kapitel der juristischen Autorin und Autoren dieses Bandes deutlich, vielleicht ebenso sehr eine bestimmte fachliche Perspektive auf das inter- (und trans-)nationale Recht gemeint wie eine tatsächliche Entwicklung desselben, denn, ganz im Sinne des Konstruktivismus als IB-Theorie: es besteht ein gewisses Wechselverhältnis zwischen der (zunächst primär akademischen) Betrachtung der internationalen Rechtsordnung als einer verfassten und politischen Entwicklungen, die die Rechtsordnung tatsächlich in diese Richtung führen. Konstitutionalistisches Denken ist also nicht apolitisch (einer der gegen diese Sichtweise erhobenen Vorwürfe; Peters diskutiert in einem knappen Schlusskapitel einige davon), sondern versteht sich als eine Perspektive, die eine bestimmte, an Recht orientierte Herangehensweise an ‚global governance‘ ermöglicht. Dabei geht es nicht um eine Verfassung im engeren, formalen Sinne (wie sie am ehesten noch im Verfassungsvertrag der EU angelegt war). Was eine konstitutionalistische Perspektive beinhaltet, wird in den einzelnen Kapiteln herausgearbeitet und umfasst sowohl eine andere (als die klassische) Sicht von staatlicher Souveränität, die als *pouvoir constitué*, nicht *constituant*, zu sehen ist, als ein im Rahmen der internationalen konstitutionellen Ordnung geschaffenes Rechtebündel und nicht als vorgegebene und übergeordnete Rechtsposition. Es geht aber auch um den Pluralismus der Akteure dieser Rechtsordnung (neben Staaten auch internationale Organisationen, Firmen und Private wie NGOs), ihre Beteiligung an der internationalen Rechtssetzung und damit auch Formen zwischen- bzw. überstaatlicher Demokratie (interessant dazu das längere Kapitel von Peters) sowie um überstaatliche Rechtsprechung. Jedes einzelne dieser Themen hat seine eigenen Literaturberge hervorgebracht. Der hier angezeigte Band liefert einen noch verdaubaren, mit einschlägigen Literaturhin- und Rechtssprechungsverweisen unterfütterten Überblick aus einer juristischen Perspektive, die für die politikwissenschaftliche Befassung mit diesem Themenkreis auf fortgeschrittenem Niveau hoch anschlussfähig ist. Die hier angezeigte Paperback-Ausgabe des vor zwei Jahren erschienenen Originals hat nicht nur den preislichen Vorteil; sie enthält als Anhang auch die Beiträge einer Diskussion des Bandes im Online-Blog des *European Journal of International Law*, darunter einleitend kurze Zusammenfassungen der Autoren des Kerngehalts des Bandes und anschließend einige kritische Beiträge sowie Stellungnahmen der Autorin und der Autoren. Die Diskussion wurde – und wird – also weiter geführt, und das ist in sich, ganz konstruktivistisch gesehen, eine beachtliche Entwicklung, auch wenn in der Debatte nicht nur ‚linke‘ wie ‚rechte‘ Kritiker der Konstitutionalisierungs-Perspektive auftreten, sondern dabei immer noch auch klassisch völkerrechts-skeptische (um nicht zu sagen: leugnende) Positionen.

Kamrava, Mehran (Hrsg.) 2011: International Politics of the Persian Gulf, Syracuse: Syracuse University Press.

IPSE 9, 11

Ich hatte diesen Band nicht nur zur laufenden Ergänzung unseres Kurses über die Politik der Golfregion (von J. Kostiner) bestellt, sondern auch, weil diese Welt(sub)region ja von herausgehobener Bedeutung auch für die globale Politik ist. Im Vorwort wurde ich dann gerührt durch die Erinnerung an einen der inzwischen, im August 2010, verstorbenen großen Kennern der Region, der auch in diesem Band mit einem seiner wohl letzten Beiträge vertreten ist: eben ‚Yossi‘ Kostiner, der uns in Hagen durch mehrere Gastaufenthalte nicht nur an seinem fachlichen Wissen, sondern, als Israeli, auch an der nicht immer erfreulichen Betroffenheit durch die Politik der Golfregion teilnehmen ließ. Ihm stehen weitere namhafte

Golfforscher, aber auch eine der wenigen jüngeren deutschen Kolleginnen mit einschlägiger Regionalexpertise (Katia Niethammer, hier mit ihrem Beitrag zur Reform- und Außenpolitik der Golfmonarchien) zur Seite. Damit liegt ein ‚must have‘-Rundum-Überblick zur internationalen Politik der Golfregion vor, der nicht nur unseren Kurs gut ergänzt, sondern auch in jede einschlägige Bibliothek gehört. Dort bietet er sich dann auch zur selektiven Nutzung für einschlägige studentische (Haus- und höherrangige) Arbeiten an, mit Kapiteln sowohl zu einzelnen Außenpolitiken von Staaten der Region, ihren kollektiven Unterfangen (GCC) als auch zur Rolle extra-regionaler Akteure (USA, zunehmend auch Indien und China).

Lachmann, Richard 2011: States and Power, Cambridge/Malden: Polity Press.

Der Autor dieses kleinen Lehrbuchs zur Staatsentwicklung ist selbst mit einer monographischen Arbeit zur Entwicklung des frühneuzeitlich-europäischen Staates hervorgetreten (*Capitalists in Spite of Themselves. Elite Conflict and Economic Transition in Early Modern Europe*, 2000). Auch in dieser Einführung verfolgt er „the ways in which elite and class conflicts have transformed states and defined the interests and autonomy of state rulers“ (207), mithin eine historisch-soziologische Perspektive auf die Entwicklung des modernen Staates, zunächst in Europa, dann aber auch darüber hinaus, eine Perspektive, die von den Arbeiten Charles Tillys stark angeregt wurde (vgl. auch Johnston 2011 in diesen Lit-Tipps). Die vormoderne politische Entwicklung, für die Lachman nicht von Staat reden will – ich würde sagen: für die man von Staat im modernen Sinne nicht reden kann –, wird eingangs kurz geschildert, dann der Ursprung des modernen Staates, das Verhältnis von Bürgern/Bürgerschaft und Nation, das zwischen Staat und kapitalistischer Entwicklung (im europäischen Zentrum und, anders gelagert, auch in der Peripherie), sodann Sozialstaatlichkeit und Zivilgesellschaft und abschließend Staatszerfall und künftige Entwicklungsperspektiven. Durchweg ist die Darstellung gut lesbar, neben älteren Arbeiten zum Thema (etwa von G. Poggi: *The Development of the Modern State*, 1978) liegt nun also eine weitere, neuere und damit auch neuere Literatur zum Thema berücksichtigende gute Einführung in die moderne Staatsentwicklung vor. Was hier behandelt wird, sollte keinem Politik-Studierenden unvertraut sein.

Mérand, Frédéric/Foucault, Martial/Irondelle, Bastien (Hrsg.) 2011: European Security since the Fall of the Berlin Wall, Toronto/Buffalo/London: University of Toronto Press.

IPSE 5,7

In den Beiträgen dieses vorzüglichen Sammelbandes zur europäischen Sicherheitspolitik seit 1989/90 weht ein erfreulich frischer Wind. Die aus Europa und Kanada stammenden Beitragenden sind alle KennerInnen der Materie und geben in ihren jeweils knappen, daher gut auch je für sich lesbaren Kapiteln einen vorzüglichen Überblick über aktuelle Problemlagen. Wie die Herausgeber im Einleitungsbeitrag feststellen, ist Europa sicherheitspolitisch in einer so glücklichen Lage, dass europäische Akademiker und Praktiker sich am weitesten von der klassisch realistischen Sicht der Sicherheitsproblematik entfernt haben und mit Stichworten wie „securitization“ den Konstruktcharakter von Bedrohungs- und Risikowahrnehmungen herausgestellt haben. Nicht alle Beitragende sind jedoch einer solch konstruktivistischen Sicht verpflichtet, vielmehr herrscht ein anregender Theorienpluralismus, mittels dessen Fragen wie „Energy Security in the EU“, aber auch – hübsch schon vom Titel her – „Nuclear Weapons in Today’s Europe: The Debate That Nobody Wants“ behandelt werden; ein guter Beitrag kümmert sich europaweit vergleichend um die Transformation der Streitkräfte (wobei die de facto-Abschaffung der Wehrpflicht in Deutschland noch nicht berücksichtigt werden konnte), ein weiterer der Frage „Is There a European Way of War?“. „The Year NATO Lost Russia“ geht der problematischen Wirkung der NATO-Osterweiterung nach, ein weiterer Beitrag Europas Rolle im nahöstlichen Friedensprozess. Ein abschließender Beitrag der Herausgeber skizziert die Dynamik der europäischen Sicherheitsentwicklung als künftiges Forschungsfeld. Insgesamt liegt damit ein ausgesprochen brauchbarer, in Auszügen wie in Gänze lesenswerter Band vor, der sowohl für (Haus-)Arbeiten zu Einzelthemen wie für die Befassung mit europäischer Sicherheitspolitik insgesamt einen anregenden Einstieg ermöglicht.

Orakhelashvili, Alexander 2011: Collective Security, Oxford: Oxford University Press.

IPSE 5

Von der Idee der kollektiven Sicherheit sagen ihre Skeptiker ja, dass sie dann nicht funktioniert, wenn man sie brauchen würde, und man sie dann nicht braucht, wenn sie funktionieren würde. Gleichwohl ist sie nicht nur in der UNO-Charta als zentraler sicherheitspolitischer Mechanismus angelegt – dort freilich, als Konzession an den Realismus, unter formaler Privilegierung der mit Vetorecht ausgestatteten P5 -; der Gedanke spielt auch in etlichen Regionalorganisationen eine, freilich z. T. die Praxis auch eher wenig bestimmende, Rolle, auch, weil im Rahmen von Kap. VIII der UNO-Charta die Verbindung zwischen globalem UNO-Sicherheitssystem und regionalen Einrichtungen ja vorgesehen ist. Dieses vollständige Feld der heutigen Institutionalisierung kollektiver Sicherheit juristisch in einem Band auszuleuchten, ist Verdienst und – auch für Studierende der Politikwissenschaft nützliche – Leistung dieses Werkes, auch wenn die Lektüre zuweilen wegen des etwas verklausulierten Stils nicht ganz einfach ist und es eben eine rein juristische Betrachtung darstellt, keine politikwissenschaftliche Analyse der außerrechtlichen Funktionsbedingungen kollektiver Sicherheit. Doch eine solche politikwissenschaftliche Analyse setzt eben immer Kenntnis der formal-rechtlichen Bedingungen voraus, und diese sowie den Zugang zu weiterer Fachliteratur vermittelt der Band zweifellos, der ab dem fortgeschrittenen Studienstadium ein nützliches Hilfsmittel für einschlägige (Haus-)Arbeiten ist, zumal der Text sehr gut gegliedert und zudem durch Index auch zum gezielten Nachschlagen geeignet ist.

Peet, Richard/Robbins, Paul/Watts, Michael J. (Hrsg.) 2011: Global Political Ecology, London/New York: Routledge.

Dieser von kritischen Geographen herausgegebene (und weitgehend auch verfasste) Sammelband zur globalen politischen Ökologie hat mir zweierlei deutlich werden lassen: das vielleicht noch unter-ausgeschöpfte Kooperationspotenzial meiner Disziplin, der Politikwissenschaft, mit der hier dominant vertretenen Geographie zum einen: es gibt viele inhaltliche Berührungspunkte und thematische Schnittmengen (zumal die politische Bedeutung geographischer Faktoren zumindest hierzulande mir noch unterbetont scheint; vgl. etwa auch, im Kontext der Diskussion um die Raum – vermeintlich – einebnenden Globalisierung: Harm de Blij: The Power of Place. Geography, destiny, and globalization's rough landscape, Oxford/New York 2009). Zum andern die thematische Reichhaltigkeit kritischer globaler politischer Ökologie, wie sie die Einzelbeiträge des Bandes insgesamt aufblättern. Sie reicht von „food, health, and the body“ (wie die vier Beiträge des ersten Teils, u.a. zur globalen Viehindustrie und ihren ökologischen Konsequenzen, überschieben sind) über global-lokale Verbindungen in der Müllindustrie und die „risk, certification, and audit economy“ (Teil III), politisch-ökologische Fragen internationaler Sicherheitspolitik (Teil IV), Fragen der Energieversorgung (V) und der „blue ecology“ der Wassernutzung (VI) bis hin zu „genes, transgenes, and genomics“ (VII). Die Heterogenität der Inhalte der einzelnen Kapitel erlaubt hier keine Einzelbetrachtung. Der vermittelte Gesamteindruck, selbst einer ersten Sichtung, ist eben dies: be-eindruckend, was die thematische Fülle und die zu erschließende einschlägige Literatur einer Nachbardisziplin anbelangt. Mithin ein Band zum thematischen wie interdisziplinären Augen-Öffnen, der sowohl in politikwissenschaftliche wie in geographische Bibliotheken gehört.

Picciotto, Sol 2011: Regulating Global Corporate Capitalism, Cambridge: Cambridge University Press.

IPSE 13, 14, 15

Die Herangehensweise des Buches hat hierzulande Seltenheitswert: hohe juristische Sachkompetenz verbindet sich hier mit einer kritischen sozialtheoretischen Perspektive. Die globale Regulierung wird hier nämlich weder nur trocken juristisch beschreibend dargestellt, noch naiv politikwissenschaftlich als Verrechtlichung untersucht, sondern „the analysis is in terms of [the] development as a historical social process and within a political and economic framework.“ (xi) Bereits das erste Kapitel macht dies deutlich, in dem begrifflich-theoretische Grundlagen erörtert werden. Zwar klingen die Überschriften der Teilkapitel teilweise

durchaus vertraut: changing public-private forms and relations, state transformation, networked governance; doch werden diese Entwicklungen eben hier in eine Perspektive eingeordnet, die sich struktureller Machtverhältnisse bewusst ist (globalization or economic imperialism?). Kapitel 2 liefert eine Darstellung der traditionellen liberalen internationalen Ordnung, in der von Staaten gesetztes Völkerrecht den Ordnungsrahmen auch für die private transnationale Wirtschaft vorgab. Zwar ist dies auch heute noch ein wichtiger Strang der globalen Regulation, doch neben supranationalen Elementen haben vermehrt transnationale Akteure und von ihnen getragene oder beeinflusste Regulationsmechanismen Platz gegriffen. Dies wird in den mit hervorragender Sachkenntnis und Klarheit der Darstellung verfassten sechs thematischen Hauptkapiteln des Buches deutlich, die der Wettbewerbsregulierung, den corporate rights and responsibilities, Fragen internationaler Regulierung von Besteuerung, der Regulierung des Finanzwesens und des Handels im WTO-Rahmen sowie von Fragen geistigen Eigentums gewidmet sind. Ein abschließendes Kapitel fragt kritisch nach „Law and legitimacy in networked governance“. Das vorzügliche Buch dient mehreren Disziplinen (Rechtswissenschaft, Ökonomie, Politikwissenschaft) und Zwecken: es kann als Lehrbuch der Internationalen Politischen Ökonomie zum Thema globale Regulierung des Kapitalismus gelesen werden, als Ausgangspunkt einschlägiger Arbeiten (fortgeschrittene Haus- bis höherrangige Abschlussarbeiten) und auch kapitelweise selektiv als Wissensbank zu den im Einzelnen ja durchaus komplexen Themen genutzt werden. Einschlägige Bibliotheken sollten es parat halten, die Paperback-Ausgabe ist für vertieft interessierte IPÖ-ler sogar zum Kauf erschwinglich. Zur Lektüre empfohlen sei der Band auf jeden Fall.

Scott, David (Hrsg.) 2011: Handbook of India's International Relations, London/New York: Routledge.

IPSE =?

Schon mehrfach hatte ich als Manko meines IPSE-Lehrtextes geoutet, dass der ‚neue Süden‘ darin zu Unrecht noch keine Rolle spielt. Das wird in der kommenden Überarbeitung zweifellos zu ändern sein. Einstweilen habe ich versucht, diesen Aspekt im Rahmen einer den BRIC-Staaten gewidmeten Seminarreihe aufzunehmen, deren zweites Seminar eben den internationalen Beziehungen Indiens galt. Dies ist auch Thema des nunmehr vorliegenden neuen Routledge-Handbooks, das, wie in dieser (Buch-)Reihe üblich, zwar inhaltlich sehr gut, aber leider auch sehr teuer ist. Das verweist sofort auf Bibliotheken als Käufer, die es ihren Nutzern gerne zur Verfügung stellen sollten. Die Vielzahl der (je für sich meist knappen) Beiträge gibt nämlich einen vorzüglichen Überblick zum Thema sowie zahlreiche nützliche weiterführende Literaturhinweise in den Anmerkungen der einzelnen Kapitel; der gesamte Band wird mit einer Auswahlbibliographie und einem detaillierten Index abgerundet. Inhaltlich sind die Beiträge in fünf Teile geordnet: Teil 1: Indien umfasst dessen ‚Ausstattung‘: seine ‚Aspirations‘ als aufsteigende Macht, strategische Kultur, Machtattribute, geopolitische und –ökonomische Situation; Teil 2 kümmert sich um das nahe Umfeld (Pakistan, Bangladesch etc.); Teil 3 umfasst die Beziehungen zu Staaten der erweiterten Nachbarschaft (ASEAN, Iran, Golfstaaten, Afrika; Zentralasien und SCO); Teil 4 behandelt die Beziehungen zu Großmächten (Russland, EU [!], China, USA); in Teil 5 geht es abschließend um Indiens Rolle in einzelnen globalen Politikfeldern (Terrorismus; indische Diaspora [s. Cohen in diesen Lit-Tipps], UNO, Nuklearwaffen, Weltraum, Klimawandel). Damit liegt ein sehr vollständiger und aktueller Überblick vor, der aufgrund des Aufbaus in einzelnen Kapiteln auch gut selektiv nutzbar ist, in einschlägigen Lehrveranstaltungen wie als Informationsgrundlage für eigene (Haus-)Arbeiten. Dass Germany weder mit einem eigenen Kapitel auftaucht, noch im Index (Britain und France freilich auch nicht), sagt etwas aus über die gesunkene Bedeutung einzelner europäischer Staaten. Dass sie im EU-Verband hier unter „Großmächte“ rubriziert wurden, ist angesichts der eher deklarativen EU-Indien-Beziehungen auch eher geschmeichelt. Hierin liegt, denke ich, eine Botschaft.

Smith, Roy/El-Anis, Imad/Farrands, Christopher 2011: International Political Economy in the 21st Century. Contemporary issues and analyses, Harlow u.a.: Longman.

IPSE 13

Mit diesem schmalen, ansonsten jedoch im bewährten angelsächsischen Textbook-Format: praktisch, (annähernd) quadratisch, gut vorliegenden Lehrtext liegt eine weitere sehr aktuelle und brauchbare Einführung in die Internationale Politische Ökonomie als zweiter wichtiger Säule des Studiums internationaler Politik (neben den Security Studies) vor. Die drei Autoren lehren allesamt International Relations an der Nottingham Trent University, was trotz der dreifachen Autorenschaft zu einer Darstellung weitgehend aus einem Guss führt. Sie ist jedoch didaktisch geschickt in 12 kleine Häppchen, in sich abgeschlossene Kapitel von sinnvoll begrenztem Umfang, aufgeteilt. Diese führen von den gedanklichen Grundlagen der IPÖ (Klassiker der drei Paradigmen des Realismus, Liberalismus und Marxismus; gegenwärtige Hauptströmungen: Neo-Realismus und –Liberalismus und Strukturalismus – was ich gesellschaftskritische Ansätze zu nennen pflege –; dann aber vor allem auch alternative zeitgenössische Herangehensweisen wie Konstruktivismus, Feminismus, grüne und kritische Theorie) über einzelne Themenbereiche (Globalisierung; nationale, regionale und globale Governance) bis zu den einzelnen IPÖ-Politikfeldern (Handel, Finanzen, Entwicklung, Umwelt, aber auch, das ist neu, Technologie – die allerdings in einer begriffsklärenden Box m. E. zu Unrecht mit den aus ihr resultierenden Artefakten gleichgesetzt wird: „Technology is stuff – machinery, equipment, kit“ [168] – ich würde sagen: nein, Technologie besteht in der Fähigkeit, solches herzustellen), Kultur und Sicherheit – die Schnittstelle der IPÖ zu den Security Studies). Die Darstellung ist inhaltlich also sehr vollständig, dennoch knapp, kapitelweise auch selektiv nutzbar, mit Grafiken, Boxes, reflective questions und kapitelweisen Summaries ausgestattet und wird ergänzt durch ein Glossar wichtiger Fachbegriffe und einen Index, der den Band erschließt. Das ganze zu einem attraktiven Preis der Paperback-Ausgabe – was will man mehr? Das Regal der IPÖ-Einführungsliteratur darf also um einen nützlichen Neuzugang erweitert werden, der auch Studierenden zum Selbststudium empfohlen werden kann.

Soeya, Yoshihide/Tadokoro, Masayuki/Welch, David A.: Japan as a Normal Country? A Nation in Search of Its Place in the World, Toronto/Buffalo/London: University of Toronto Press.

Die Beiträge dieses schmalen, aber gehaltvollen Bändchens, der die neue Buchreihe “Japan and Global Society” eröffnet (ein Reihentitel, der auf Folgebände gespannt macht), nimmt sich mit der Suche Japans nach seinem Platz in der internationale Politik und der Diskussion um seine ‚Normalität‘ eines Themas an, das auch Deutschland beschäftigt hat (und auch noch beschäftigt). Freilich sind beide Länder, trotz gewisser Ähnlichkeiten (etwa: Anlehnung an die USA, Zivilmacht und Handelsstaatlichkeit als Leitideen) dabei recht unterschiedlich vorgegangen, gerade auch im Umgang mit ihrer dunklen Vergangenheit, was wiederum Rückwirkungen auf ihre Außenpolitik hat (vgl. auch zu dieser vergangenheitspolitischen Komponente der Außenpolitik in – D und J – vergleichender Perspektive die Arbeit von Yinan He: *The Search for Reconciliation. Sino-Japanese and German-Polish Relations since World War II*, Oxford 2009). Dies spielt auch in mehreren der Beiträge dieses Bandes (über Japan und China, Korea und Südostasien) eine Rolle. Darüber hinaus geht es um die innerjapanische Debatte um die neue Sicherheitspolitik und das neue Selbstverständnis des Landes. Für einschlägige Haus- und höherrangige Arbeiten ein guter Einstieg in gleich mehrere interessante auf Japans Außenpolitik bezogene Themenbereiche.

Thompson, Alexander 2009: Channels of Power. The UN Security Council and U.S. Statecraft in Iraq, Ithaca/London: Cornell University Press.

IPSE 9, 6

Diese schöne Studie ist dreifach interessant: als Beitrag zur Erforschung der US-Außenpolitik und dabei besonders des – eher instrumentellen – Verhältnisses der USA zur UNO und speziell dem Sicherheitsrat; als Beitrag zur Analyse der Bedeutung, die diesem dennoch in der Mechanik globaler Sicherheitspolitik zukommt; und schließlich als durch diese Fragen perspektivierter Rückblick auf über ein Jahrzehnt Konfliktgeschichte mit dem

Irak unter S. Hussein. Die zentrale Frage ist, warum die unipolar handlungsfähigen USA sich gleichwohl immer wieder der ‚Mühsal‘ der Koordination ihres Handelns im multilateral-institutionalisierten Rahmen relativ eigenständiger Organisationen wie dem UNO-SR unterziehen. Die Antwort, die Thompson anhand des insofern eben variablen Verhaltens der USA im Konflikt mit dem Irak unter S. Hussein seit 1990 herausarbeitet, ist, in den Worten seiner Einleitung: „independent organizations impose costly constraints and provide neutral assessments of the policies of coercing states, thereby generating politically important information that leaders and publics can use to screen desirable from undesirable actions. Under certain conditions, coercers have incentives to subject their action to such scrutiny and limitations because doing so lowers the political costs of exercising power.“ (viii) Für eine Supermacht wie die USA ist das Sich-Einlassen auf gehaltvollen Multilateralismus im sicherheitspolitischen Bereich – in anderen Sachbereichen mögen z. B. aufgrund globaler Interdependenz andere Bedingungen gelten - also eine Option von mehreren (Alternativen sind Koalitionen der Willigen oder der Alleingang). Sie erfolgt nicht aus blinder Institutionentreue oder auch Sozialisation zur Normbefolgung, sondern aus einer Ökonomie der Macht heraus. Diese verlangt, fast dialektisch, zuweilen deren begrenzten Gebrauch, was in den USA neuerdings als smart power propagiert wird, sind doch fast alle informierten Beobachter, auch in den USA, inzwischen der Meinung, dass der Ansehensverlust der USA durch G. W. Bushs Alleingang 2003 ein zu hoher Preis für das dadurch Erreichbare und Erreichte war. Über den konkreten Fall hinaus ist die Studie für das Verhältnis von Macht und Institutionen generell von Interesse.

Vaughn, Jacqueline 2011: Environmental Politics. Domestic and global dimensions, 6th ed., Boston: Wadsworth.

Vor einigen Jahren suchte ich noch vergeblich nach einer guten und aktuellen Einführung in die US-Umweltpolitik. Die vermutlich damals schon erhältlichliche Vor-Auflage dieses vorzügliche Textbooks zum Thema, hier in der sechsten Ausgabe, war mir dabei entgangen. Sie ist zwar primär für den US-Markt konzipiert (was sie jedoch in der Paperback-Ausgabe ob der hohen Auflage vergleichsweise erschwinglich macht). Aber sowohl für speziell an vergleichender Umweltpolitik-Forschung Interessierte wie auch für diejenigen, die sich angesichts der vielfach als problematisch empfundenen Rolle der USA in der globalen Umwelt-, insbesondere Klimapolitik für deren Hintergrund interessieren, ist dieses Lehrbuch eine ebenso klare wie umfassende einführende Informationsgrundlage. Die Autorin ist aufgrund ihrer politisch-administrativen Praxiserfahrung in der US-Umweltpolitik wie aufgrund ihrer Forschung zum Thema bestens ausgewiesen. Und ihr ist eine klare und umfassende, in nützlich kurze Einzelkapitel gegliederte Gesamtdarstellung der US-Umweltpolitik gelungen, von deren historischen Ursprüngen (gleich der innere Klappendeckel bietet ein nützliche Chronologie) über einzelne Themenfelder der nationalen (Landnutzung, v.a. im Westen; Abfallproblematik; Energie-, Wasser-, Luftreinhalte- und Biodiversitätspolitik) wie internationalen Umweltpolitik der USA (global commons; sustainability) bis hin zu „emerging issues“ (wie CCS, grüne Wirtschaft und local food). Nützliche Übersichten und Tabellen ergänzen den Text, Further Reading-Hinweise die einzelnen Kapitel, ein umfangreiches Register erschließt den Band, der in jede einschlägige Bibliothek und in die Hand aller einschlägig Interessierten gehört.

Weatherbee, Donald E. 2009: International Relations in Southeast Asia. The struggle for autonomy, 2nd ed., Lanham u.a.: Rowman&Littlefield.

IPSE 11 (?)

Zweifellos ist Globalisierung, verstanden nicht als Schlagwort sondern als fachlich erläuterbarer diagnostischer Begriff, ein Zug unserer Zeit – diese Botschaft dürfte inzwischen angekommen sein. Dagegen scheinen mir noch nicht alle daraus zu ziehenden Folgerungen beherrzt zu werden. Eine davon heißt, dass Globalisierung eben nicht weltweite Vereinheitlichung etwa auch der internationalen Beziehungen bedeutet, dass also Aussagen darüber, wie es angeblich „in der globalisierten Welt“ zugehe, an mehr empirischen Beispielen gewonnen und überprüft werden sollten als am europäischen (EU) oder transatlantischen Beispiel. Globalisierung bedeutet, dass die regional unterschiedlichen

Subsysteme des internationalen Systems stärker denn je verknüpft sind. Und daraus folgt denn auch die zweite Lehre: dass die Disziplin der internationalen Beziehungen im Wege ihrer Ent-Eurozentrierung sich vermehrt um die Politik in den Weltregionen kümmern sollte, und zwar über vergleichende Betrachtungen regionaler Integration hinaus. Dieses Feld wird gerne den Area Studies überlassen, was insofern eine gewisse Berechtigung hat, als außereuropäische Sprachkenntnisse und gerne auch Forschungsaufenthalte der primären Analyse dieser regionalen Subsysteme zweifellos dienlich ist. Doch sollte dies weniger, als es mir derzeit der Fall zu sein scheint, als Vorwand dienen, in der Lehre der IB fortgesetzt eurozentrisch zu verfahren. Dann ist man freilich auf gute, zur allgemeinen IB-Diskussion anschlussfähige Darstellungen von Regionalexperten angewiesen. Genau eine solche legt für die internationale Politik in Südostasien Donald Weatherbee vor, ein ausgewiesener Kenner der Region mit Jahrzehnte langer Lehrererfahrung (er ist inzwischen Emeritus der University of South Carolina). Seine Darstellung ist prall voll mit Information, angefangen bei der Vorstellung der 11 staatlichen Hauptakteure der Region, über deren – mit Ausnahme Osttimors - multilaterale Verknüpfung im Rahmen der ASEAN (ein in sich sehr viel erforschter Gegenstand), in dem aber, wie Weatherbee klar macht, die internationale Politik der Region nicht aufgeht. Vielmehr bestehen ganz wesentliche bilaterale Beziehungen zwischen den Staaten der Region, z. T. konflikträchtige, z.T. mit langer historischer Tradition (wie etwa zwischen Thailand und Laos), aber auch Kooperationsstrukturen, die der ASEAN quasi angelagert sind. Und schließlich waren und sind große externe Akteure – Sowjetunion/Russland, USA und, heute mehr denn je, die VR China – für die Entwicklung der internationalen Beziehungen von Belang. Das alles wird in knappen, aber kundigen Kapiteln sowohl für die Felder der high policy (Sicherheit) als auch der low policy (internationale Wirtschaftspolitik, Menschenrechtsschutz, Umweltschutz, wobei bei letzteren zwei auch die NGOs zunehmend eine Rolle spielen) aufgezeigt, in klarer Kapitelgliederung und durch ein gutes Register erschlossen. Kapitelweise werden nützliche Literatur- und Periodika-Hinweise gegeben. Damit liegt für diese Weltregion eine ganz ausgezeichnete ein- und weiterführende Darstellung vor, die bei Bedarf speziell für das Verhältnis der USA zur Region durch das vom selben Autor vorgelegte Nachschlagewerk „A to Z of United States-Southeast Asia Relations“ (2010; trotz des Titels ein sehr seriöser und wirklich gut brauchbarer lexikalischer Überblick) ergänzt werden kann.

Wedel, Janine R. 2009: Shadow Elite. How the world's new power brokers undermine democracy, government, and the free market, New York: Basic Books.

So typisch die in ihrer kritischen Stoßrichtung doch gebremste elitentheoretische Perspektive von Dye u.a. (diese Lit-Tipps) für die politischen Verhältnisse in den USA ist, so sehr ist es in ihrer plakativ-kritischen Wortwahl auch diese Studie der sozialanthropologisch ausgebildeten, nunmehr jedoch Public Policy an der Georg Mason University lehrenden Autorin dieses Buches. Sie steht in der Tradition ‚progressiver‘ (Selbst-)Kritik der politischen und sozialen Verhältnisse in den USA, wobei Wedel ihr zentrales Phänomen jedoch gerade aufgrund außer-amerikanischer Erfahrungen entdeckt hat: Bei der Untersuchung der politischen Verhältnisse in osteuropäischen Gesellschaften im Systemwandel war ihr erstmals die Bedeutung informell zwischen mehreren Institutionen, staatlichen und privaten, jonglierenden (Beratungs-)Eliten aufgefallen, die oft mehrere Hüte tragen (und ebenso viele business cards). Ihnen kommt als informellen Netzwerkern ohne formale Verantwortlichkeit überproportionaler Einfluss zu. Wedel nennt diese Gruppe von Akteuren etwas gekünstelt, wie ich finde, „Flexians“ und ihre Netzwerke Flexnets. Sie musste dann jedoch feststellen, dass die Entwicklung der politischen Steuerungsphilosophie (De-Regulierung, Privatisierung, outsourcing, public-private partnership, new public management) im Kontext des dominierenden Neoliberalismus zu neuen Verhältnissen auch in den entwickelten industriellen Demokratien wie den USA geführt hat – fachlich oft auf den von Wedel nur wenig benutzten Begriff der Ablösung klassischen Government-Handelns durch „new modes of governance“ gebracht -, die eben solchen flexiblen, aber tendenziell unverantwortlichen Eliten(netzwerken) zunehmend Einfluss verschaffen. Sie zeigt das, für mich am neuesten und informativsten, im Kapitel über „U.S. Government, Inc.“, wo das inzwischen hohe Ausmaß der Auslagerung vormals staatlicher Tätigkeit an Private, Firmen und Berater,

aufgezeigt wird („today upwards of three-quarters of the work of federal government, measured in terms of jobs, is contracted out“ [77]; „The American federal government today is the world’s largest customer for goods and services“ [79]), mit z. T. verhängnisvollen Konsequenzen im Beschaffungswesen, in der Rechnungskontrolle und auch etwa bei der Privatisierung von Sicherheitsdienstleistungen, selbst in Kampfgebieten wie im Irak. Die nochmalige Rekonstruktion des policy-Einflusses des neokonservativen Netzwerkes in der Bush jr.-Administration, nicht zuletzt beim Weg in den Irakkrieg, ist dagegen mittlerweile vertrautes Terrain. Alles in allem bin ich nicht sicher, ob alle von Wedel beschriebenen Phänomene wirklich so neu sind (Elitennetzwerke spielten wohl immer schon eine erhebliche Rolle nicht nur in der US-Politik) und sich wirklich auf *einen* Begriff bringen lassen (ganz abgesehen davon, ob die Bezeichnung als „flexians“ so glücklich ist). Ausgesprochen anregend und nützlich ist jedoch, dass die Autorin ein kritisches Augenmerk auf die Folgen der zu oft noch naiv begrüßten ‚Flexibilisierung‘ von Politik im Rahmen von governance wirft, auch wenn dies, einige Literaturhinweise zeigen dies, inzwischen zu Recht vermehrt geschieht (auch, will ich anfügen, hierzulande). Mithin ein fachlich trotz der z.T. intensiven Fußnoten-Unterfütterung vielleicht nicht ganz befriedigendes, sachlich jedoch anregendes Buch.

Wiarda, Howard J. 2011: American Foreign Policy in Regions of Conflict. A global perspective, New York: Palgrave Macmillan.

IPSE 9

Der Autor war ursprünglich Lateinamerikaforscher, hat sich jedoch zunehmend auch mit anderen Weltregionen in komparativer Perspektive und schließlich auch mit der Analyse von internationaler Politik, insbesondere US-Außenpolitik, befasst. Er gehört also zu den großen Namen der Komparatistik und auch der IB-Gemeinde, hat seine Anfänge in den area studies jedoch nicht vergessen. Schon weil er mir mit seinem daher rührenden Plädoyer gegen die Theorie- und Methodenverliebtheit der (US-)Politikwissenschaft, die dieser Richtung um den Preis der abnehmenden Relevanz für die außerakademischen politisch-praktischen Belange und auch um den abnehmender Weltkenntnis jenseits der industriell-nördlichen Zone der Welt gefolgt sei, aus dem Herzen spricht, möchte ich diesen Band empfehlen. Und zwar, ob des unverständlich hohe Preises des schmalen Bändchens, primär Bibliotheken. Diese sollten es ihren Nutzern bereit stellen als wichtigen Beitrag sowohl zur weltregional differenzierten Betrachtung internationaler Politik als auch zum Verständnis der herausgehobenen Stellung der USA in der globalen Politik, die unter anderem aus ihrer Bedeutung als wesentlicher Akteur in praktisch allen Weltregionen resultiert, wobei sie, auch das zeigt Wiarda, sehr unterschiedlich auftreten.

Winters, Jeffrey A. 2011: Oligarchy. Cambridge: Cambridge University Press.

Über seine Arbeiten zu politischen Verhältnissen in Südostasien im Allgemeinen und Indonesien unter Suharto im Besonderen kam der Autor zur Beschäftigung mit Oligarchen – den wenigen ganz Reichen einer Gesellschaft - und der von ihnen verfolgten Politik, eben der Oligarchie. Kern dieser Politik, so definiert Winters im einleitenden theoretischen Kapitel, sind Maßnahmen zur Verteidigung ihres Vermögens und Einkommens. Dreierlei ist an dieser Definition wichtig: die Machtgrundlage von Oligarchen ist spezifisch eine materielle (im Unterschied zu klassischen Elitetheorien, die Eliten auf unterschiedlicher Grundlage unterscheiden; auch Robert Michels’ „ehernes Gesetz der Oligarchie“ müsste für Winters besser als Eliten-Gesetz bezeichnet werden); Oligarchen müssen nicht unbedingt die politischen Führungspositionen in einer Gesellschaft einnehmen, vielmehr, dies aufzuzeigen ist einer der großen Vorzüge Winters, ist die Existenz von Oligarchen und deren Politik der „wealth defence“ durchaus auch in demokratischen Systemen anzutreffen (wie der mit beeindruckenden Zahlen am Beispiel der USA zeigt, wie sich jedoch selbst für die skandinavischen Wohlfahrtsstaat-Demokratien zeigen ließe); und drittens nimmt Oligarchie im Lauf der Geschichte durchaus unterschiedliche Formen an, je nach den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Winters unterscheidet vier Typen von Oligarchie: Krieger-Oligarchien (in denen die Reichen selbst bewaffnet sind und so ihr Vermögen verteidigen); regierende Oligarchien, in denen die Oligarchen noch immer über Gewaltmittel verfügen,

diese jedoch eher im Ausnahmefall einsetzen, ansonsten als Kollektiv im Rahmen von Institutionen ihre Macht ausüben; sultanistische Oligarchien, in denen ein Oligarch die Herrschaft übernimmt, ihm andere folgen und daher insgesamt direkte Gewalt eine geringere Rolle spielt und schließlich die zivile Oligarchie, die sich auf institutionalisierten Eigentumsschutz verlassen kann, sich daher nicht nur aus der Gewaltpraxis zurückzieht, sondern auch von Herrschaftspositionen – was sie mit formaler Demokratie vereinbar macht – und auf Politiken und Strategien der Verteidigung ihres Wohlstandes - interessanter Weise auch zu Lasten der ‚nächst Reichen‘ nach den Super-Reichen – beschränkt. Die empirischen Kapitel illustrieren dies mit Beispielen aus der Antike (Athen, Rom), dem europäischen Mittelalter und der Mafia, dem Beispiel Indonesiens (im Vergleich auch mit den Philippinen) und schließlich der USA einerseits, Singapur andererseits. Letzterer Fall ist vor allem interessant, um das Verhältnis von Oligarchie und Rechtsstaatlichkeit (rule of law) zu klären. Anders als in der neoinstitutionalistischen Literatur über die Newly Industrializing Countries oft dargestellt, ist die Frage nach der rule of law auch im Verhältnis zu den ganz Reichen (was Winters „high rule of law“ nennt) durch und durch eine Machtfrage. (Selbst)Zivilisierung von Oligarchie ist im Prinzip möglich und bedeutet einen zweiten gesellschaftlichen Fortschritt, neben und unabhängig von Demokratisierung. Freilich sieht Winters abschließend die Chancen hierfür gerade in dem Land, in dem er lehrt und lebt, den USA, mit Skepsis. Dort ist die Politik der wealth and income defense besonders weit entwickelt (vgl. auch Crouch in diesen Lit-Tipps). Zwei Aspekte dieser Studie lassen sie mir als mustergültigen (leider Ausnahme-)Fall erscheinen: Zum einen zeigt sie, wie sich mit einem sinnvoll theoretisch definierten Begriff über historische Zeitalter hinweg angepasst analytisch arbeiten lässt. Dass überhaupt eine so historisch weitreichende Perspektive eingenommen wird, ist ein großes Verdienst. Der andere Vorzug liegt darin, dass hier nicht-naive Politikwissenschaft betrieben wird, welche nach gesellschaftlicher Ungleichheit und den (politischen) Mechanismen ihrer Aufrechterhaltung fragt und dabei politischen Machtgebrauch ins analytische Zentrum rückt, die ökonomischen Grundlagen von Macht betonend, ohne in ökonomischen Reduktionismus zu verfallen. Ab der zweiten Studienhälfte eine ebenso anregende wie lohnende Lektüre.